

SÜDAFRIKA

Republik Südafrika

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Matamela Cyril Ramaphosa

Der Einsatz von exzessiver und tödlicher Gewalt durch die Sicherheitskräfte nahm während des COVID-19-Lockdowns zu. Mindestens 115 Menschen starben in Polizeigewahrsam. Vorfälle von geschlechtsspezifischer Gewalt stiegen an. Das Asylsystem ließ die Bedürftigsten im Stich; Einwanderer und andere Ausländer wurden in den sozialen Medien fremdenfeindlichen Kampagnen ausgesetzt. COVID-19 setzte das Gesundheitspersonal aufgrund fehlender Schutzausrüstung einem besonderen Infektionsrisiko aus, während der Zugang von Frauen zu gynäkologischen Gesundheitsdiensten eingeschränkt war. Kinder waren mit erheblichen Ungleichheiten und Härten im öffentlichen Bildungssystem konfrontiert. Millionen von Menschen hatten keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser; und der Lockdown stellte eine zusätzliche Belastung für Frauen dar, die lange Strecken für Wasser laufen mussten.

HINTERGRUND

Der Präsident übernahm weiterhin eine führende Rolle in den nationalen und regionalen Bemühungen, die Probleme der politischen Instabilität zu lösen und die Notwendigkeit von Menschenrechtsreformen in Lesotho und Simbabwe anzugehen. Die Untersuchungskommission, Commission of Enquiry into State Capture, setzte die Anhörung von Zeugenaussagen im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen und anderem Machtmissbrauch ("state capture") aus der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Zuma fort. Jacob Zuma wurde 2018 vom Afrikanischen Nationalkongress (ANC) seines Amtes enthoben. Am 15. März rief der Präsident als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie den nationalen Katastrophenzustand aus und berief sich dabei auf den Disaster Management Act (2002). Am 27. März wurde ein landesweiter Lockdown verhängt, der die Rechte auf Bewegungs- und Versammlungsfreiheit zu untergraben drohte und im August wieder gelockert wurde. Der Präsident setzte ein ministerielles Team ein, um Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit COVID-19-Beschaffungen zu untersuchen, darunter Schutzausrüstung und Nahrungsmittelhilfe, die angeblich von ANC-nahen Politikern in einer Weise verteilt wurde, die bestimmte Gemeinschaften begünstigte. Die Pandemie zwang mehrere Medienhäuser zur Schließung, zum Personalabbau oder zu Gehaltskürzungen aufgrund der Auswirkungen der Pandemie auf die Werbeeinnahmen.

EXZESSIVER EINSATZ VON GEWALT

Im März setzten die Behörden während des Lockdowns rund 76.000 Offiziere der South African National Defence Force (SANDF) und Polizeibeamte auf den Straßen ein, um die Maßnahmen durchzusetzen. Schnell tauchten Berichte über den Einsatz von exzessiver und manchmal unnötiger tödlicher Gewalt gegen die Bevölkerung auf. Das Independent Police Investigative Directorate (IPID), eine offizielle Aufsichtsbehörde, erhielt zwischen dem 25. März und dem 5. Mai 828 Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten. Darunter waren 16 Todesfälle in Polizeigewahrsam, 32 Todesfälle als Folge von Polizeieinsätzen, acht Fälle von Vergewaltigung durch Polizeibeamte, 25 Berichte über Folter in Gewahrsam und 589 tätliche Angriffe. Am 7. April schossen Beamte des South African Police Service (SAPS) mit Gummigeschossen auf Obdachlose, die in einem Lager auf dem Strandfontein-Sportgelände in Kapstadt lebten, als diese gegen ihre schlechten

Lebensbedingungen, einschließlich des Mangels an Lebensmitteln, protestierten.¹ Im August schoss die Polizei mit Gummigeschossen und Betäubungsgranaten auf Demonstranten, die sich friedlich vor dem Parlament in Kapstadt versammelt hatten, um den ersten Jahrestag der Ermordung der Studentin Uyinene Mrwetyana zu begehen und gegen die steigenden Zahlen geschlechtsspezifischer Gewalt zu protestieren. Achtzehn Demonstranten wurden verhaftet. Uyinene Mrwetyana war in Kapstadt von einem männlichen Postangestellten vergewaltigt und getötet worden.

Ungesetzliche Tötungen

Elma Robyn Montsumi, eine 39-jährige Sexarbeiterin, starb unter verdächtigen Umständen im Gewahrsam der Mowbray-Polizeistation in Kapstadt, vier Tage nachdem sie am 9. April wegen des Verdachts auf Drogenbesitz festgenommen worden war. Die Polizei behauptete, sie habe Selbstmord begangen, und das IPID sagte, man untersuche die Umstände ihres Falls. Bis zum Ende des Jahres war niemand in Verbindung mit dem Fall verhaftet worden. Collins Khosa starb am 10. April in Alexandra, einem Township nördlich der Stadt Johannesburg, nachdem er von Mitgliedern der SANDF und der Johannesburger Stadtpolizei angegriffen und brutal verprügelt worden war. Collins Khosas Angreifer behaupteten, er habe gegen die Lockdownregeln verstoßen, als sie ein halb ausgetrunkenes Glas Bier in seinem Hof fanden. Die Behörden hatten Alkohol während des Lockdowns verboten. Am 19. August stellte der militärische Ombudsmann fest, dass die in den Mord verwickelten SANDF-Offiziere "unangemessen" gehandelt hatten. Zwischen dem 29. August und dem 1. September verhaftete der IPID drei Polizeibeamte und klagte sie wegen des Mordes an Nathaniel Julies, einem 16-jährigen behinderten Jungen, der am 26. August im Eldorado Park, südlich von Johannesburg angeblich von Polizeibeamten erschossen wurde, nachdem er sich geweigert hatte, ihre Fragen zu beantworten.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Die geschlechtsspezifische Gewalt stieg weiter an und die Rate war fast fünfmal so hoch wie der weltweite Durchschnitt. Der Präsident bezeichnete den Anstieg als "Krieg" gegen Frauen. Berichte von Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen stiegen im ersten Quartal des Jahres um 1,7 %, wobei 2019-2020 mehr als 42.000 Vergewaltigungen gemeldet wurden und fast 144 Sexualdelikte pro Tag begangen wurden. Solche Gewalttaten nahmen während der Lockdownperiode zu, und innerhalb der ersten Woche gingen bei der Polizei über 2.300 Beschwerden ein. Allein im Juni sollen 21 Frauen getötet worden sein, darunter Tshегоfatso Pule, eine 28-jährige schwangere Frau aus der Stadt Roodepoort, westlich von Johannesburg, die mit mehreren Stichwunden an einem Baum hängend gefunden wurde. Ein Mann wurde des Mordes an ihr angeklagt und erwartet Ende des Jahres seinen Prozess.

SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE

Während des Lockdowns dokumentierten medizinische und zivilgesellschaftliche Organisationen Beschwerden über die mangelnde Verfügbarkeit von oder den fehlenden Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten, einschließlich sicherer Abtreibung.

FLÜCHTLINGE, ASYLSUCHENDE UND MIGRANTEN

Das Asylsystem ließ diejenigen im Stich, die es am meisten brauchten, und ließ Asylsuchende und Migranten ohne legalen Status in der Schwebe. Der Refugees Amendment Act trat im Januar in Kraft; viele argumentierten, dass er den rechtlichen und menschenrechtlichen Rahmen für Flüchtlinge sowie Südafrikas internationale Verpflichtungen zum Schutz von Flüchtlingen stark

untergräbt. Während des Lockdowns war die Nichteinhaltung der verfassungsmäßigen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen der Behörden gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten ohne Ausweisdokumenten besonders deutlich. Die COVID-19-Hilfsprogramme und sozialen Unterstützungsmaßnahmen der Regierung waren nur für Personen mit nationalen Ausweispapieren zugänglich. Eine Anfechtungsklage des Scalabrini Centre, einer zivilgesellschaftlichen Organisation, führte dazu, dass einige Asylsuchende und Inhaber von Sondergenehmigungen im Juni eine sechsmonatige COVID-19-Hilfe zur sozialen Linderung von Notlagen erhielten. Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten waren nicht in der Lage - wie Staatsbürger - in der informellen Wirtschaft zu arbeiten, die sie zuvor ernährt hatte. Nur Spaza-Läden, die sich im Besitz von Staatsbürgern befanden, durften in der Zeit, in der der Lockdown am strengsten durchgesetzt wurde, arbeiten. Im August kündigte der Präsident seine Unterstützung für eine Initiative des Ministeriums für die Entwicklung von Kleinunternehmen im Jahr 2019 an, die darauf abzielt, eine Gesetzgebung zu entwickeln, die es Ausländern verbietet, in einigen Bereichen der Wirtschaft zu arbeiten. Eine böartige Twitter-Kampagne, #PutSouthAfricaFirst, rief im Zusammenhang mit COVID-19 ein gefährliches fremdenfeindliches Narrativ hervor und richtete sich gegen afrikanische Migranten, die beschuldigt wurden, Arbeitsplätze zu stehlen und öffentliche Gesundheitsressourcen abzuschöpfen. Die Medien berichteten, dass Einheimische im September 124 Spaza-Läden im Besitz von Ausländern und andere Geschäfte im Township Thokoza, südlich von Johannesburg, beschädigten oder plünderten.

RECHT AUF WAHRHEIT, GERECHTIGKEIT UND WIEDERGUTMACHUNG

Am Ende des Jahres warteten die Familien von 34 Minenarbeitern und 10 weiteren Personen, die 2012 in Marikana, einer Bergbaustadt in der Nordwestprovinz, unrechtmäßig von SAPS-Beamten getötet wurden, immer noch auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung einschließlich einer angemessenen Entschädigung für ihren Verlust. Die Polizei hatte mit unnötiger tödlicher Gewalt auf einen Streik in der Marikana-Mine, die der Lonmin Mine plc gehört, in der Nähe der Stadt Rustenburg in der Nordwestprovinz reagiert. Mehr als 70 Menschen erlitten nach den Schüssen schwere Verletzungen, darunter dauerhafte Behinderungen, so dass einige von ihnen ihren Arbeitsplatz verloren.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Bis Anfang August starben mindestens 240 Beschäftigte des Gesundheitswesens, nachdem sie sich mit COVID-19 infiziert hatten. Am 3. September protestierte die National Education, Health and Allied Workers' Union vor dem Parlament gegen das Versäumnis der Behörden, ihre Forderungen nach angemessener PSA und nach einer gerechten Entlohnung zu erfüllen, die den Gesundheitsrisiken Rechnung trägt, die sich aus der Belastung durch COVID-19 bei der Arbeit ergeben. Ihre Situation wurde noch verschlimmert, als ihnen aufgrund der schwachen Wirtschaft und der aufgeblähten Lohnsumme im öffentlichen Dienst eine jährliche Gehaltserhöhung verweigert wurde. Im Juli kam es zu einem sprunghaften Anstieg der COVID-19-bedingten Todesfälle in der Gesamtbevölkerung, und landesweit gab es mehr als eine halbe Million bestätigte Fälle. Der Anstieg der COVID-19-Fälle und -Todesfälle beschleunigte sich Ende Dezember während der Urlaubszeit.

RECHT AUF BILDUNG

Das öffentliche Bildungssystem, eines der ungleichsten der Welt, war weiterhin durch eine verfallende und gefährliche Infrastruktur, überfüllte Klassenzimmer und schlechte

Bildungsergebnisse gekennzeichnet, die die Ungleichheit, insbesondere unter den in Armut lebenden Menschen, noch verstärkten. Mehr als 75 % der Neunjährigen konnten nicht richtig lesen; 50 bis 60 % schafften es bis zur Highschool, und von diesen bestanden nur etwa 40 bis 50 % das Abitur, während nur 14 % eine Universität besuchten. Schüler, die unterfinanzierte Schulen besuchten, waren gezwungen, unter unzureichenden Bedingungen zu lernen; die hygienischen Verhältnisse waren schlecht und die Kinder mussten Grubenlatrinen benutzen, die gegen Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften verstießen. Die Bildungsungleichheit wurde weiter verschärft, als die Pandemie zu Schulschließungen führte und Schüler in ärmeren Gemeinden keinen Zugang zum Lernen in der Ferne hatten. In der Zwischenzeit pausierte die Regierung ihr nationales Schulspeisungsprogramm, von dem über 9 Millionen Schüler profitiert hatten. Die Behörden versäumten es, die Schulschließungen als Gelegenheit zu nutzen, die schulische Infrastruktur zu verbessern. Kinder und Mitarbeiter, die im August in die Schulen zurückkehrten, hatten kein ausreichendes Wasser, keine sanitären Anlagen und keine Schutzausrüstung, und die Lehr-/Lernbedingungen verhinderten, dass sie körperliche Distanz üben konnten. In der Zwischenzeit leitete die Regierung Gelder, die für die Verbesserung der Infrastruktur in rund 2.000 Schulen versprochen worden waren, in COVID-19-bezogene Projekte um.

RECHT AUF WASSER

Laut dem National Water and Sanitation Master Plan der Regierung hatten etwa 5,5 Millionen Haushalte keinen Zugang zu sicherem und zuverlässigem Trinkwasser, da die Infrastruktur schlecht verwaltet wurde und es an Investitionen in die Wasserversorgung mangelte. Die COVID-19-Pandemie verschärfte die Probleme beim Zugang zu Wasser und die damit verbundenen Gesundheitsrisiken, die durch schlechte Hygiene entstehen. So mussten die Menschen, insbesondere Frauen, längere Strecken zurücklegen, um sicheres Trinkwasser zu finden. Frauen aus der Region QwaQwa in der Provinz Free State, im zentralen östlichen Teil des Landes, sagten, dass ihre Gesundheit unter dem Tragen schwerer Wassereimer über lange Strecken litt. Andere waren auf Regenfälle angewiesen, um Wasser zu bekommen, und einige waren gezwungen, Absperrungen zu durchbrechen, um in benachbarte Dörfer zu gelangen, wobei sie Geldstrafen oder Verhaftungen riskierten, nur um festzustellen, dass das Wasser nicht zum Verzehr geeignet war. Nach offiziellen Angaben lieferte das Department of Water and Sanitation zwischen März und August 18.678 Wassertanks an 158 Gemeinden und Bezirke sowie 407.665 Haushalte.